

NACHRICHTEN

Oktober - Dezember 2007

Gewerkschaftstag 2007 des dbb beamtenbund und tarifunion stellt personelle, organisatorische und gewerkschaftspolitische Weichen

Am 26.11.2007 eröffnete der dbb Bundesvorsitzende, **Peter Heesen**, in Berlin den Gewerkschaftstag. Bereits an diesem Tag standen entscheidende Weichenstellungen an, über die 562 stimmberechtigte Delegierte entscheiden mussten. Durch Satzungsänderung wurde u. a. die Stellung der Landesbünde innerhalb der Organisation neu definiert und gestärkt.

Der dbb Hessen war neben dem Vorsitzenden **Walter Spieß** und dem stellvertretenden Vorsitzenden **Dieter Hessler** mit **Johannes Brack**, **Jürgen Cromm**, **Gerd Fleischhacker**, **Roswitha Herrmann**, **Thomas Hupfeld**, **Manfred Martin**, **Norbert Naumann** und **Erhart Theuermeister** als stimmberechtigte Delegierte und zahlreichen Gastdelegierten, u. a. den Landesleitungsmitgliedern **Ralf Ulrich** und **Ute-Wiegand-Fleischhacker**, den Justiziaren **Dr. Andrea Fischer** und **Heinz Fischer** sowie dem Ehrenmitglied **Hans Beckmann**, vertreten. Selbstverständlich nahmen auch weitere „Hessinnen und Hessen“ als von ihren Fachgewerkschaften benannten Delegierten und Gastdelegierten teil.

Peter Heesen wurde erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt.



v.l.n.r. Heinz Ossenkamp, Willi Russ, Astrid Hollmann, Peter Heesen, Kirsten Lühmann, Frank Stöhr, Klaus Dauderstädt und Dieter Ondracek

Ebenso wieder gewählt wurden die Stellvertretenden Bundesvorsitzenden **Klaus Dauderstädt** (Gewerkschaft der Sozialversicherung), **Heinz Ossenkamp** (komba gewerkschaft) und **Dieter Ondracek** (Deutsche Steuer-Gewerkschaft). Neue Mitglieder der Bundesleitung sind **Kirsten Lühmann** (Deutsche Polizeigewerkschaft) und **Astrid Hollmann** (VRFF - Die Medien-gewerkschaft).

Der am Vortag wieder gewählte 1. Vorsitzende der dbb tarifunion **Frank Stöhr** gehört der dbb Bundesleitung

kraft Amtes als 2. Vorsitzender an. Der 2. Vorsitzende der dbb tarifunion, **Willi Russ**, ist kooptiertes Mitglied der dbb Bundesleitung.

Bereits am ersten Tag sprach Bundeskanzlerin **Angela Merkel** zu den Delegierten. Dabei unterstrich sie ihre Bereitschaft zum Dialog mit dem gewerkschaftlichen Dachverband in allen wichtigen, den öffentlichen Dienst betreffenden Fragen. „Der dbb ist uns wichtiger Partner bei allen Reformen – ob beim Dienstrecht oder in der Verwaltungsmodernisierung“, sagte die Bundeskanzlerin am 26. November. „Wir sollten auch künftig darüber sprechen, wie wir in unserer bewährten Kooperation vorankommen.“

Die Bundeskanzlerin sprach sich klar für einen Fortbestand des Berufsbeamtentums aus. „Das ist auch die Gewähr für die Kontinuität dessen, worauf die Bürger in diesem Land sich verlassen können.“

Auch die Öffentlichkeitsveranstaltung am Folgetag war ein „Highlight“. **Peter Heesen** forderte einen sofortigen Stopp des Personalabbaus im öffentlichen Dienst und eine deutliche lineare Erhöhung der Einkommen. Zugleich unterstrich er in seiner Rede zu Beginn der Öffentlichen Veranstaltung des dbb Gewerkschaftstages am 27. November 2007 die Bereitschaft seiner Organisation zum Dialog mit der Politik, der auf eine neue, solide Basis gestellt werden müsse.

„Wir haben in Deutschland in weiten Bereichen durch Personalabbau die Schwelle hin zur Funktionsunfähigkeit bereits überschritten“, sagte **Heesen** auf der Öffentlichen Veranstaltung, an der auch Bundesinnenminister **Wolfgang Schäuble** teilnahm. „Das muss Zug um Zug korrigiert werden.“

Seit der Wiedervereinigung sei die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst von 5,3 auf 3,8 Millionen zurückgeführt worden, sagte **Heesen** vor den Delegierten und Gästen, unter ihnen **Peter Müller**, zweiter Vizepräsident des Bundesrates, CDU-Generalsekretär **Ronald Pofalla**, SPD-Generalsekretär **Hubertus Heil**, FDP-Generalsekretär **Dirk Niebel**, **Reinhard Bütikofer**, Vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, **Petra Pau**, stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Die LINKE und Bundestagsvizepräsidentin, CSU-Generalsekretärin **Christine Haderthauer** sowie ver.di-Chef **Frank Bsirske**.

Zum Abschluss des 22. dbb Gewerkschaftstages hat der im Amt bestätigte Bundesvorsitzende seine Organisation darauf eingestimmt, die wegweisenden Beschlüsse in den nächsten fünf Jahren gemeinsam umzusetzen. „Mit diesem dbb kann man nicht nur rechnen, mit ihm muss man rechnen“, versprach **Heesen**.

Der Gewerkschaftstag sei „gut, kampfesfreudig und durch eine ehrliche Diskussion bestimmt gewesen“, zog **Heesen** am 28. November 2007 Bilanz. „Wegweisend war er vor allem deshalb, weil es uns gelungen ist, ein Strukturkonzept zu entwickeln, auf dessen Grundlage wir in den kommenden Jahren unsere Arbeit optimieren können.“ Der dbb habe sich als lebendige Organisation erwiesen, die den Mut hat, auch etwas in eine neue Richtung zu tun. „Nun muss, was wir gemeinsam entwickelt und verabschiedet haben, mit Leben erfüllt werden. Dafür brauchen wir Geschlossenheit.“ Die Akzeptanz des dbb in der Politik und bei den Menschen werde weiter wachsen, zeigte sich **Heesen** überzeugt. „Wir sind für die Menschen da, für die wir ein Mandat haben“, betonte er.

Zum Abschluss hatten die Delegierten im Plenum über die Beschlüsse entschieden, die die Gewerkschaftspolitik des dbb in den nächsten fünf Jahren bestimmen werden. In sieben Arbeitskreisen hatte der Gewerkschaftstag am Vortag diese Beschlüsse diskutiert und vorbereitet. Insgesamt lagen den Delegierten fast 530 Anträge zur Beschlussfassung vor, darunter zur Bildungspolitik, Fortentwicklung des beamtenrechtlichen Beteiligungsverfahrens, zu Einkommensverbesserungen und zu Positionen des dbb zur Finanz- und Sozialpolitik.

Dienstrechtsreform in Hessen – Arbeitsgruppen und Unterarbeitsgruppen legen Eckpunktepapiere vor

Wie bekannt, haben sich diverse, unter dem Dach des HMdI gebildete Arbeitsgruppen mit einigen grundsätzlichen im Rahmen der grundlegenden Dienstrechtsreform in Hessen anstehenden Reformüberlegungen befasst. Betroffen sind nach Verlagerung der Kompetenzen auf die Länder insbesondere das Laufbahnrecht, die Besoldung und die Versorgung der Hessischen Beamtinnen und Beamten.

Auch der dbb Hessen hat sich unter Einbezug seiner Mitgliedsorganisationen – soweit aufgrund der logischerweise begrenzten Anzahl der zu meldenden Teilnehmer möglich – rege an diesen AG/UAG beteiligt. Allen, die aktiv seitens des dbb und seiner Mitgliedsorganisationen in diesen Gremien mitgearbeitet haben, sei an dieser Stelle noch einmal gedankt.

Folgende Arbeitsgruppen waren nach der Auftaktveranstaltung in Form eines Kongresses im Frühjahr 2007 in Wiesbaden eingerichtet worden

Arbeitsgruppe Reform des Besoldungsrechts – leistungsorientierte Besoldung mit ihren Unterarbeitsgruppen

UAG Allgemeine Verwaltung
UAG Justizbereich
UAG Hochschullehrerbereich.

Arbeitsgruppe Laufbahnrecht mit ihren Unterarbeitsgruppen

UAG Zukünftige Laufbahnstruktur
UAG Flexibilisierung im Laufbahnrecht
UAG Qualifikation und Zugang.

Arbeitsgruppe Neukonzeption des Beamtenversorgungsgesetzes in Hessen

Zwischenzeitlich haben die AG/UAG ihre Arbeit abgeschlossen und legen die Ergebnisse in der Regel in Form von Eckpunktepapieren vor.

Diese Papiere, die wir unseren Fachgewerkschaften- und Verbänden übersandt haben, sind nicht als Positionsbeschreibung des HMdI zu verstehen.

In ihnen spiegeln sich sowohl übereinstimmende, aber auch gravierend unterschiedliche Standpunkte der heterogen zusammengesetzten Gruppen in den jeweiligen AG/UAG (z. B. Vertreter der Ressorts, Gewerkschaften, kommunale Spitzenverbände, HPR Innen) und ihrer Interessen wieder.

Die Eckpunktepapiere werden noch im Dezember 2007 dem Hessischen Innenminister **Volker Bouffier** - zusammen mit einer internen Einschätzung, ggf. auch Empfehlung, der Fachebene des HMdI - zugeleitet.

Die Ergebnisse sollen Entscheidungsgrundlagen und -hilfen für eine künftige Landesregierung bei der in der neuen Legislaturperiode anstehenden grundsätzlichen Reform des Dienstrechts liefern. Sie nehmen „politische Entscheidungen oder Weichenstellungen“ nicht vorweg.

Ferner ist darauf hinzuweisen, dass die Arbeitsgruppen, ganz bestimmte, ihnen konkret vorgegebene Felder einer etwaigen Dienstrechtsreform ins Visier nehmen sollten.

Die Arbeitsgruppen hatten nicht den Auftrag sozusagen einen Vorschlag für eine Dienstrechtsreform „aus einem Guss“ zu entwickeln.

Deshalb erfolgte weder eine „Verzahnung“ noch „Priorisierung“ der Arbeitsergebnisse, noch wurden alle denkbaren Felder einer späteren Dienstrechtsreform beleuchtet.

Sie werden also in den Papieren zu sonstigen „Prüffeldern“ (z. B. Tabellenstruktur, Zulagensystem etc.) keine Aussagen finden. Dies bedeutet weder, dass diese im Rahmen der Dienstrechtsreform aufgegriffen, noch dass sie nicht aufgegriffen werden.

Aus derzeitiger Sicht ist es deshalb verfrüht, eine gewerkschaftliche Bewertung einer künftigen hessischen Dienstrechtsreform abzugeben.

Jedenfalls ist anzumerken, dass es richtig war, in Hessen eine Reform nicht überhasst und im „Schnellschussverfahren“ anzugehen. Bereits die jetzt erfolgte partielle „Bestandsaufnahme“ der geltenden Regelungen und der hieraus ggf. abzuleitende „Optimierungsbedarf“ erwies sich als arbeitsintensiv und erfordert ein gründliches Abwägen des „Für“ und „Wider“.

Positiv anzumerken ist, dass die Beratungen in den Arbeitsgruppen durchweg in einer kollegialen, freien, konstruktiven, aber auch die jeweiligen Interessen wahren, Atmosphäre stattfanden. Hierfür gilt vor allem auch der Dank den Leitern der AG/UAG, die die Sitzungen gut vorbereiteten, fair leiteten und zu einem plausiblen Ergebnis führten.

Zumindest nach den Tendenzen, die aus den Papieren herausgelesen werden können – wie gesagt, sind diese jedoch für die Politik keinesfalls bindend - ist in Hessen nicht daran gedacht, das derzeitige Beamtenrecht in seinen Grundstrukturen in Frage zu stellen, sondern unter Beibehaltung der bewährten Strukturen fortzuentwickeln. Die Frage, an der sich möglicherweise die „Geister scheiden könnten“, sind wohl weniger die Inhalte, als vielmehr deren Finanzierung.

Hessisches Gesetz über Einkommensverbesserungen für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Hessen (GEVerbTöD) verabschiedet

Der Hessische Landtag hat das politisch und gewerkschaftlich heftig und kontrovers diskutierte Hessische Gesetz über Einkommensverbesserungen für Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst des Landes Hessen (GEVerbTöD) am 15.11.2007 verabschiedet (GVBl I S. 751).

Dem Grundsatz nach sieht das Gesetz ein „Überklappen“ der besoldungsrechtlichen Regelungen für die hessischen Beamtinnen und Beamten auf das Tarifpersonal vor. Dies bedeutet, dass z. B. es in diesem Jahr eine monatsbezogene Einmalzahlung in Höhe von 15 bzw. 20 %, mindestens aber 250,00 €, als auch ab 1.4.2008 eine lineare Vergütungssteigerung in Höhe von 2,4 % im Tarifbereich Hessens gibt.

Tarifbeschäftigten, bei denen die 38,5-Stunden-Woche gilt, wurde die Option eingeräumt, die Staffelarbeitszeit, die für hessische Beamtinnen und Beamten gilt, zu übernehmen. Machen sie davon bis Ende des Jahres 2007 Gebrauch, erhalten sie - so wie die Tarifbeschäftigten, die Neuverträge haben - zusätzlich 500 € Einmalzahlung.

Teilzeitbeschäftigte erhalten die Einmalzahlung in dem Umfang, der am 1.12.2007 vereinbarten individuellen Arbeitszeit.

Die Zahlung ist sozial-, steuer- und zusatzversorgungspflichtiger Arbeitslohn.

Kommt es - z. B. in 2008 - zu einem Tarifabschluss, gelten ab dessen Wirksamdatum die hier dann festgelegten Arbeitszeiten, d. h. natürlich auch für die Beschäftigten, mit denen zwischenzeitlich eine höhere Arbeitszeit einzelvertraglich vereinbart wurde.

Heinz Dieter Hessler mit Hessischem Verdienstorden am Bande geehrt

Im würdigen Rahmen der Festveranstaltung wurde dem Ehrenvorsitzenden des BSBD Hessen **Heinz Dieter Hessler** durch Staatsminister **Banzer** der „Hessische Verdienstorden am Bande“ die höchste Auszeichnung des Landes Hessen verliehen. Minister **Banzer**, Landesvorsitzender **Röhrig** und Landtagsabgeordneter a. D. **Meister** hoben in ihren Ansprachen das außergewöhnliche Engagement und die Erfolge des geehrten Ehrenvorsitzenden **Hessler** hervor. Für den Dachverband gratulierte Landesvorsitzender **Walter Spieß** in gereimter Form.



Anne Schauer feierte 60. Geburtstag

Einen runden Geburtstag, an dem eine Vielzahl von Gästen aus Hessen und der ganzen Bundesrepublik teilnahm, konnte Anne Schauer, die Vorsitzende der DSTG-Hessen und Mitglied des Landeshauptvorstandes des dbb Hessen feiern. Dem 60. Geburtstag am 16.11.2007 folgte am 20.11.2007 ein Empfang im Biebricher Schloss.



In den Ansprachen von **Walter Spieß** für den dbb Hessen und für die Landesleitung der DStG Hessen sowie von Finanzminister **Karlheinz Weimar** wurde die langjährige Personalrats- und Gewerkschaftsarbeit von Anne Schauer hervorgehoben und gewürdigt. Weitere Grußworte überbrachten der dbb Bundesvorsitzende **Peter Heesen**, der DSTG-Bundesvorsitzende **Dieter Ondracek**, der Leiter des Hessischen Immobilienmanagements **Bernd Zahn** und Oberfinanzpräsident **Albrecht Pfister**.

Personalratswahl 2008

Wie bekannt findet die turnusmäßige Personalratswahl im öffentlichen Dienst Hessens im Mai 2008 statt. Der dbb Hessen wird in Zusammenarbeit mit dem Walhalla-Fachverlag sowohl die Testausgabe des HPVG als auch die Wahlordnung neu auflegen. Bestandteil der Wahlordnung werden auch die neuen Wahlvordruckmuster sein, die wegen der Zusammenfassung der Gruppen der Arbeiter und Angestellten unter den neuen Arbeitnehmerbegriff erforderlich wurden.

Bei Bedarf wenden Sie sich bitte unmittelbar an ihre Fachgewerkschaften und -verbände, die beim dbb Hessen entsprechende Bestellungen aufgegeben haben.

Deutscher Journalistenverband Hessen wurde 60 Jahre alt

Sein 60-jähriges Bestehen konnte der Deutsche Journalistenverband Hessen (DJV) dieses Jahr im Festsaal des Wiesbadener Rathauses feiern.

Der dbb Hessen gratuliert und bedankt sich für die gute Zusammenarbeit mit dem Vorsitzenden **Hans Ulrich Heuser** und dem Geschäftsführer **Achim Wolff**.

***Wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern
frohe Weihnachten und für eine gutes Jahr 2008.***

